

Datenschutz & Direktmarketing

Gerichtsurteile | aufsichtsbehördliche Stellungnahmen

Daten-
schutz-
praxis



Gerichtsentscheidungen

11.04.2024

EuGH: C-741/21



Ergebnisse

- bloßer Verstoß (hier: rechtswidrige Zusendung von Werbeemails) gegen DSGVO genügt nicht für Schadensersatzanspruch
- konkreter nachweisbarer Schaden erforderlich
- Unternehmen muss sich Verhalten seiner Mitarbeiter zurechnen lassen (keine Enthftung nach Art. 82 (3) DSGVO)

22.02.2024

LG Hamburg: Az: 327
O 250/22



Ergebnisse

- Onlinehändler: Angebot eines Gastzugangs nicht immer zwingend. Besondere Umstände (z.B. Effiziente Abwicklung von Kundendialog) können Gastzugang entbehrlich machen

07.12.2023

LG Lüneburg: 5 O
6/23



Ergebnisse

- Schadensersatz für immateriellen Schaden – hier Ängste, Stress und Zeiteinbußen aufgrund von Abwehr eines Newsletters, von dem sich der Kläger mehrmals abgemeldet hatte

03.11.2022

OLG Hamm: 4 U
201/21



Ergebnisse

- Einwilligungserklärung (hier: Bonuspunkteprogramm) muss einzelne Werbemaßnahmen transparent ausweisen und welche Werbezwecke verfolgt werden



Gerichtsentscheidungen

12.03.2024

LG Paderborn: 2 O
325/23



Ergebnisse

- Strenge Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 UWG sind bei Bestandskundenwerbung einzuhalten
- Anlickbares/ankreuzbares Kästchen für Werbewiderspruch im Bestellprozess erforderlich
- Konkreter Hinweis auf Widerspruchsoption in Werbemails erforderlich

02.02.2024

OLG Stuttgart: Az.: 2
U 63/22



Ergebnisse

- Versand von postalischer Werbung ist auch ohne vorherige Einwilligung und bereits bestehende Kundenbeziehung zulässig
- Art. 6 (1) (f) vorliegend Interesse eines Dritten (hier Lebensversicherung)
- Kläger durch Datenverarbeitung kein Schaden entstanden

05.08.2022

AG München: 142 C
1633/22



Ergebnisse

- Androhung von Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monate an Geschäftsführer bei erneuter Werbung mittels E-Mail
- Widerspruch gegen Werbung erfordert keine bestimmte Form
- Widerspruch wirkt grundsätzlich zeitlich unbeschränkt

27.06.2019

OLG Frankfurt: 6 U
6/19



Ergebnisse

- werbende Unternehmen (hier: bei Einwilligung in Telefonwerbung) müssen einzeln genannt werden
- Geschäftsbereich des werbenden Unternehmens war ausreichend klar beschrieben (hier: „Strom und Gas“)
- Einwilligung wirksam unabhängig davon, ob auch Geschäftsbereiche der anderen Unternehmen klar benannt waren



Behördenstellungnahmen

EU

MITGLIED-
STAATEN

DEUTSCHLAND



Kurzpapier Nr. 3

(⇒)



Der Bayerische Landesbeauftragte
für den Datenschutz

Werbung

(⇒)



Verarbeitung von
personenbezogenen
Daten
für Zwecke der
Direktwerbung
(Februar 2022) (⇒)



Berliner Beauftragte
für Datenschutz
und Informationsfreiheit

Werbung

(⇒)



Der Landesbeauftragte für
Datenschutz und
Informationsfreiheit
Baden-Württemberg

Was Sie gegen
unerwünschte Werbung
tun können (07.02.2019)

(⇒)



Habe ich etwas vergessen, z.B. ein Urteil oder eine Behördenstellungnahme?

+49 176 83271676

INFO@PRIVACYLECTURE.COM

